

Calmer Tagblatt

Nr. 58.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

97. Jahrgang

Erscheinungsweise: 5mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile 1.20
Reklamen Nr. 3.— Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100% — Fernspr. 9.

Freitag, den 10. März 1922.

Bezugspreis: In der Stadt mit Tageslohn Nr. 24.— vierteljährlich. Postbezugspreis Nr. 24.— mit Postgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Die Koalitionsparteien und die Deutsche Volkspartei sind zu einem Steuerkompromiß gekommen, nachdem die Bedingungen der Deutschen Volkspartei von den anderen Parteien und der Regierung angenommen worden sind.

Reichsfinanzminister Hermes hat gegen die „Freiheit“ wegen ihrer Beschuldigungen Strafantrag gestellt. Die „Freiheit“ fügt ihren seitherigen noch weitere Fälle für angebliche Bestechlichkeit des Reichsfinanzministers bei.

In französischen Regierungskreisen scheint man dem Vorschlag Rathenaus, Deutschland eine internationale Anleihe zu gewähren, damit es seinen Wechselkurs stabilisieren und vor allem die Schuldforderungen der Entente bezahlen kann, sympathisch gegenüber zu stehen.

Allerdings dürfte die Hoffnung Rathenaus auf Amerika vorläufig einen schweren Stoß erlitten haben, da die amerikanische Regierung die Teilnahme an der Genuefer Konferenz abgelehnt hat, mit der wenig schmeichelhaften Begründung, daß die europäischen Staaten unfähig (!) seien, eigene Maßnahmen zur Heilung der Kriegsschäden und zur Stabilisierung ihres Wirtschaftslebens zu ergreifen.

Das Steuerkompromiß gesichert.

Einigung über das Mantelgesetz und die Zwangsanleihe. — Annahme der Bedingungen der Volkspartei.

Berlin, 9. März. Im Reichstag fand heute eine Besprechung zwischen Vertretern der mehrheitssozialistischen Partei, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der demokratischen Partei und der Bayerischen Volkspartei über die Steuerengesetzentwürfe, sowie über die Zwangsanleihe statt. Der Reichskanzler, der Reichsminister des Innern und der Reichsfinanzminister nahmen an der Besprechung teil. Zwischen den Parteien kam eine Einigung über das sogenannte Mantelgesetz zu den vorliegenden vierzehn Steuerengesetzentwürfen zustande, insbesondere über Paragraph 1 des Gesetzes, der bestimmt, daß die Reichsregierung die Mittel für die Kredite, die durch das Reichshaushaltsgesetz des Rechnungsjahrs 1922 bereit gestellt und nicht für die Verkehrsanstalten bestimmt sind, im Wege einer in Reichsmark einzuzahlenden, in den ersten 3 Jahren unverzinslichen Zwangsanleihe in Höhe des Gegenwerts von einer Milliarde Goldmark flüssig machen wird. Es wurde als übereinstimmende Forderung der Parteien zum Ausdruck gebracht, daß die Mittel möglichst noch in diesem Etatsjahr flüssig gemacht werden sollen. In der eingehenden Aussprache, an der sich der Reichskanzler und der Reichsfinanzminister, sowie die Abgeordneten Spahn, Müller-Franken, Wels, Kahmann, Bernstein, Beder-Hessen, Niefer und Curtius, Fischer-Klein, Leicht und Emminger beteiligten, wurden sodann die in Form einer Denkschrift niedergelegten Garantieforderungen der Deutschen Volkspartei beraten. Diese Forderungen verlangen in den wesentlichen Punkten, daß die neubewilligten Mittel nicht dazu verwendet werden, um Fehlbeträge der sogenannten werbenden Betriebe des Reichs, also insbesondere von Post und Eisenbahn, zu decken, und daß insbesondere die Mittel aus der Zwangsanleihe nur dazu verwendet werden sollen, die im Frieden aus den Friedensverträgen abzudeckenden Verbindlichkeiten zu bezahlen. Sie verlangen ferner Maßnahmen zur Vereinfachung und Verbilligung der Reichsverwaltung, Prüfung der Fragen einer Vereinfachung und wirtschaftlicher Gestaltung der großen Reichsbetriebe, Stärkung der deutschen Wirtschaft, tunlichster Abbau der Zwangswirtschaft, Beteiligung der Wirtschaftskreise und des Parlaments beim Abschluß von Abkommen aus dem Friedensvertrag, die größere finanzielle oder grundsätzliche Bedeutung haben und schließlich Abbau der Ausgabe von Schatzscheinen im Rahmen des Möglichen. Der Reichskanzler stellte für die Regierung und zugleich für die vertretenen Parteien fest, daß diese Forderungen als Richtlinien für die Regierung gelten würden und daß damit das Steuerkompromiß gesichert sei. Der Reichskanzler drückte allen, die an diesem Werk mitgeholfen hätten, den Dank der Regierung aus. — Das Mantelgesetz wird nunmehr als gemeinsamer Antrag der beteiligten Parteien alsbald dem Reichstag vorgelegt werden.

Bildung einer Sparsamkeitskommission.
Berlin, 10. März. Wie die Blätter mitteilen, erklärte der Reichskanzler in der gestrigen interfraktionellen Besprechung, daß er in Erfüllung der volksparteilichen Wünsche nach Sparsamkeitsreformen die Wiedererrichtung einer Sparsamkeitskommission, wie sie bereits schon einmal tätig gewesen sei, vorschläge. Dieser Kommission könnten auch außerhalb des Parlaments stehende Männer angehören,

die von den Parteien vorzuschlagen eien. — Wie das „Berliner Tageblatt“ hört, hat der Reichskanzler bereits die einzelnen Fraktionen ersucht, je ein bis zwei Mitglieder zur Bildung namhaft zu machen.

Aufhebung der besonderen Ein- und Ausfuhrüberwachungsstelle.

Berlin, 10. März. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ hört, steht die Aufhebung der Stelle des Reichsbeauftragten für die Ueberwachung der Ein- und Ausfuhr bevor. Die Geschäfte gehen auf die Zollverwaltung bzw. die Reichsfinanzverwaltung über.

Der Fall Hermes.

Reichsminister Hermes stellt Strafantrag gegen die „Freiheit“.

Berlin, 9. März. Die „Freiheit“ behauptet, Reichsminister Hermes habe von einem Wingerverband Wein zu Ausnahmepreisen (Bestechungspreisen) bezogen und dafür dem Verband Gegenleistungen gewährt. Wegen dieser Verleumdung hat Minister Dr. Hermes heute Strafantrag gestellt.

Berlin, 9. März. In Verbindung mit den Behauptungen über den Bezug von Wein zu Bestechungspreisen durch den Minister Dr. Hermes, deretwegen der Minister Verleumdungsklage angestrengt hat, ist ein Brief des Wingerverbands für Mosel, Saar und Ruwer in Trier abgedruckt worden, der adressiert ist: Herrn Regierungsrat Jassé, Berlin W. 8. Mohrenstraße 11/12, Ministerbüro. Wie wir hören, liegt ein Schreibfehler vor. Gemeint war Herr Regierungsrat Ralte, der im Ministerbüro tätig war, während ein höherer Beamter namens Jassé als Ministerialrat das Referat für die besetzten Gebiete hatte.

Weitere Beschuldigungen.

Berlin, 10. März. Die „Freiheit“ setzt heute ihre Beschuldigungen gegen den Reichsernährungsminister Dr. Hermes fort. Das Blatt behauptet, Dr. Hermes habe als Gegenleistung für die billigen Weine dem Trierer Wingerverband 8000 Zentner Zuder zugewiesen, trotzdem die Reichszuckerstelle diese Zuweisung nicht für erforderlich gehalten habe und Gesuche ähnlicher Art in früheren Fällen abgelehnt worden seien. Auch sei entgegen der bisherigen Praxis Preußens Mitbestimmungsrecht ausgeschaltet worden.

Berlin, 9. März. Das „Tageblatt“ schreibt zu den in der „Freiheit“ veröffentlichten Beschuldigungen gegen den Reichsernährungsminister Dr. Hermes, daß es die Echtheit des von der „Freiheit“ als Beweismaterial veröffentlichten Briefes des Wingerverbandes bestätigen könne, bemerkt aber, daß es sich dabei um einen Ausschnitt aus einer längeren Korrespondenz handelt, die zwischen dem Wingerverband und dem Minister, sowie seinem ihm persönlich beigegebenen Regierungsrat Ralte (nicht Jassé) handelt. Der Minister habe im Februar vorigen Jahres bei dem Wingerverband angefragt, ob er ihm Wein liefern könne und um eine Offerte gebeten. Diese Offerte liege mit dem vorstehenden Briefe vor. In seiner Antwort darauf habe der Minister ausdrücklich auf den auffallend billigen Preis von 3 Mark für die Flasche hingewiesen und habe angefragt, ob da der Geschäftsstelle etwa ein Irrtum unterlaufen sei. Darauf habe der Wingerverband eine weitere Offerte mit Wein einer etwas teureren Sorte (5 Mark pro Flasche) gemacht. Der Minister habe beide Angebote angenommen mit dem Ersuchen, noch einmal nachzuprüfen, ob der angegebene Preis tatsächlich zutreffend sei. Der gesamte Schriftwechsel sei durch das offizielle Bureau des Ministers gegangen. Wie das Blatt weiter erfährt, hat in einer Vernehmung des Weinbaureferenten des Ministeriums dieser erklärt, keinen von den sonstigen in Frage kommenden Wingerverbänden irgendwo bevorzugt oder benachteiligt zu haben. Der Minister habe niemals das Ansinnen an ihn gerichtet, dem Wingerverband entgegenzukommen. Dem Minister wird, dem gleichen Blatt zufolge, Gelegenheit gegeben werden, dem Reichstag Aufklärung über die Angelegenheit zu geben.

Zur auswärtigen Lage.

Englische Kritik an den überflüssigen Entente-Kommissionen in Deutschland.

London, 8. März. Im Oberhaus lenkte gestern Lord Rector die Aufmerksamkeit auf die übermäßigen Ausgaben im Zusammenhang mit den zahlreichen internationalen Kommissionen in Mitteleuropa und deren Auswirkung auf die wirtschaftliche Erholung der vormals feindlichen Staaten, sowie ihre Fähigkeit, Reparationen zu zahlen. Nach Einstellung der Feindseligkeiten sei eine große Zahl von Kommissionen von den Alliierten über ganz Europa gesandt

worden. In Deutschland seien augenblicklich Kommissionen im Ueberfluß vorhanden. Die Reparationskommission koste 32 Millionen Mark, die Kommission zur Kontrolle für die Entwaffnung Deutschlands 32 1/2 Millionen Mark monatlich. Für die Kontrollkommissionen bleibe kaum noch etwas zu tun übrig. Nach seinen Informationen würden die periodisch auftretenden Meldungen über Waffenfunde aufgebaut. Die Mitteilungen über eine Mithelferschaft der deutschen Regierung seien unbegründet. Es bestie keine Aussicht auf eine Verminderung der Kommissionen, solange England oder Frankreich die Politik von der „Sensationspresse“ kontrollieren ließen. Die Gesamtkosten dieser Kommissionen in Deutschland einschließlich der Kosten für die Truppen in Schlesien betrügen jährlich 1800 bis 2000 Millionen Mark. Rechnet man hierzu die Ausgaben für das Besatzungsheer, so sei es nicht schwer, einzusehen, daß die Aufgabe, Deutschland zahlen zu lassen, schwieriger und verwickelter sei, als die Leute in England sich vorstellen. Ähnlich verhalte es sich mit den Kommissionen in Ungarn, Oesterreich und Bulgarien. Der Anblick dieser Kommissionen, die aus dem Bankrott des Volkes gedeihen, sei eines der widerlichsten Bilder, die man sich vorstellen könne. Es werde gesagt, England müsse mitmachen, da die Alliierten dies täten. Es würde mich freuen, wenn England hierbei nicht mit den Alliierten zusammenginge. Lord Phillimore erklärte, es würde ein großer Gewinn für den Frieden der Welt sein, wenn die Geschäfte dieser Kommissionen liquidiert und wenn sie so bald als möglich zurückgezogen würden.

Eine französische Stimme für Rathenaus Plan einer internationalen Anleihe.

Paris, 10. März. Zu der Rede des Reichsministers des Innern, Dr. Rathenau, schreibt der „Temps“ unter Hervorhebung der Stelle, daß Deutschland auf Grund seiner Unterschrift verpflichtet sei, wiedergutzumachen, Rathenau habe seine Auseinandersetzung mit der Forderung einer großen internationalen Anleihe beendet, die Deutschland aufnehmen und die zur Bezahlung der Reparationen dienen würde. Dieser Plan sei wert, daß er in Frankreich zahlreiche Anhänger habe. Und in der Tat, wenn die deutsche Regierung sich bemühe, im Einvernehmen mit den Gläubigern zu erfüllen, so würde das weder unmöglich sein, noch allzufern liegen. — Der „Temps“ wird vielfach von der französischen Regierung zu offiziellen Rundgebungen benützt, also ist es wohl möglich, daß er hier die Meinung der Regierungskreise vertritt.

Die Verteilung der geraubten deutschen Kabel.

London, 9. März. Aus Washington wird der Agence Havas gemeldet, daß ein Entwurf über die Verteilung der deutschen Kabel den Vorschlägen Englands, Frankreichs, Italiens und Japans übermittelte worden ist. Man glaube, daß dessen Annahme größtenteils von der Haltung Frankreichs abhängen werde. Es solle eine Teilung der Kabel in fünf gleich wertvolle Teile vorgenommen werden unter Zugrundelegung ihrer gegenwärtigen wirtschaftlichen Bedeutung. Dem Vernehmen nach wird Italien das Kabel nach Liberia, Brasilien und Argentinien erhalten, um es bis Genoa zu verlängern. Japan werde den Verhandlungen nicht beiwohnen. Es werde sich mit dem Anteil begnügen, den ihm die andern Mächte zubilligen.

Eine offiziöse deutsche Stimme zu der anmaßenden Forderung der Entente-Militärkommission.

Berlin, 9. März. Zu der von General Nollet an die deutsche Regierung gerichteten Beanstandung der Ausbildungsvorschrift für die Artillerie schreibt die „Germania“: Das Reichskabinett hat zu den Forderungen noch nicht Stellung genommen. Die Militär-Kontrollkommission nimmt zu Unrecht an, daß die Ausbildungsvorschrift an die Offensive gedacht hat. Es ist lediglich die Möglichkeit eines Devenstrieges ins Auge gefaßt. In einem Offensivkrieg denkt in Deutschland kein vernünftiger Mensch.

Die Begründung Amerikas für seine Nichtteilnahme an der Genuefer Konferenz.

Washington, 9. März. In der Erklärung der amerikanischen Weigerung, an der Genuefer Konferenz teilzunehmen, heißt es, daß die Teilnahme Amerikas an irgend einer allgemeinen europäischen Konferenz unmöglich sei, da die europäischen Nationen unfähig seien, eigene Maßnahmen zur Heilung der Kriegsschäden zu treffen und ihr Wirtschaftsleben zu stabilisieren. Weiter erklärt Amerika, daß es den europäischen Regierungen hinsichtlich der Teilnahme Russlands nicht zustimmen könne, da die Ver. Staaten ständig die Politik verfolgt hätten, eigene Maßnahmen nicht anzuerkennen. — Die Begründung ist tendenziös und zeigt nur, daß Amerika an den europäischen Zuständen nichts liegt oder vielmehr, daß ihm der Verfall der europäischen Volkswirtschaft recht angenehm ist, weil dann ja sein Wirtschaftsimperialismus die besten Aussichten in der Welt hat.

Calw.
geschriebene
abe
Abwesen-
l. März
S. Knecht.
er Hof
2 1/2 Uhr
eiter
drama
nrecken
cht.
alle.
tag,
s.
en=
k
chank
Calw
temberg.
wigsburg.
solides
dchen
u ch t
st Kirchherr.
öhner
räftig, gesucht
hler, Mühlen-
nd Maschinen-
mühle Ober-
Calw.
b
öhe für alle
edermann geg.
lungen durch
Ravensburg,
Für Antwort
k beilegen.
te mir
Bartenland
e abtreten
ebote erbittet
Vereinshaus.
karten
skarten
ie rasch in der
hläger'schen
ckerel Calw.

Neue ungarische Machenschaften gegen österreichisches Gebiet.

Prag, 9. März. Das Blatt „Prager Presse“ veröffentlicht einen Bericht ihres Wiener Korrespondenten, worin es heißt, es stehe fest, daß Ungarn versuche, in mehr als 30 Gemeinden des nördlichen Burgenlandes eine Abstimmung durch Fragebogen vorzunehmen. Um die noch immer verängstigte Bevölkerung darauf vorzubereiten, wird an der Grenze des Burgenlandes eine Bewegung in Szene gesetzt, ähnlich jener, die seinerzeit mit so großem Erfolg durchgeführt wurde. Außerdem werde das Burgenland mit Flugzetteln überschwemmt, die die Unterschrift „Die Freischärler“ tragen und von magyarischen Sendlingen verbreitet werden. In diesen Flugzetteln werden die österreichischen Gendarmen und Wehrmänner aufgefordert, heimzukehren und ihre Waffen niederzulegen, da sie sonst die unerbittliche Rache der Freischärler zu befürchten hätten. Die „Prager Presse“ bemerkt zu diesem Bericht, daß sich auch Westeuropa mit diesen Tatsachen werde beschäftigen müssen. — Im österreichischen Nationalrat hat sich der Bundeskanzler in scharfer Weise gegen diese Absicht mit der Bemerkung ausgesprochen: Einen Handel über die Gemeinden des Burgenlandes gibt es nicht, dabei bleiben wir.

Der österreichische Anschlußgedanke.

Wien, 9. März. Der Reichstagsabgeordnete Walter Schücking hielt gestern abend auf Einladung der Soziologischen Gesellschaft einen Vortrag über „Anschluß, Selbstbestimmung und Völkerverbund“. Nach den von der zahlreichen Zuhörerschaft mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen des Redners erklärte der Vorsitzende der Gesellschaft in seinen Dankesworten an Professor Schücking, daß der Anschluß Österreichs an Deutschland nicht durch Gewaltmittel, sondern nur auf Grund des Selbstbestimmungsrechts Österreichs durch den Völkerverbund erfolgen könne. Die Ehre des Völkerverbundes aber hänge davon ab, ob er sich auf die Dauer dem Verlangen des deutsch-österreichischen Volkes an Deutschland entziehen werde oder nicht. — Die „Ehre“ des Völkerverbundes ist schon lange — abgesehen davon, wenn unsere Basisisten daher lediglich auf den guten Willen und das moralische Anstandsgefühl dieser Ententeorganisation rechnen, so können sie auf den Anschluß lange warten.

Das neue spanische Kabinett.

Madrid, 9. März. Das neue Kabinett setzt sich folgendermaßen zusammen: Ministerpräsident: Sanchez Guerra; Minister des Aeußeren: Hernandez Nida; Justizminister: Bertran-Musiti; Finanzminister: Vergamin; Kriegsminister: General Ojaquer; Marineminister: Ordonez; öffentliche Arbeiten: Arguelles; Unterrichtsminister: Silio; Arbeitsminister: Calberon.

Die englische Unsicherheit in Indien.

Delhi, 9. März. In der gesetzgebenden Versammlung haben einige Abgeordnete eine weitere Herabsetzung der Heeresausgaben, namentlich der Ausgaben für die britischen Truppen in Indien verlangt, die Mehrkostenaufwand verursachen, als die indischen Truppen. Darauf erwiderte der Oberkommandierende, Lord Rowlinson, eine weitere Verminderung des Heeres könne wegen der weit verbreiteten Unruhebewegung nicht in Betracht kommen. Er würde weitere Verminderungen in Erwägung ziehen, wenn ein geeinigtes Indien dem britischen Reiche seine Treue (!) und Ergebenheit (!) bezeuge. Unter den gegenwärtigen Umständen sei die britische Besatzung in Indien keineswegs zu groß.

Deutschland.

Die Sozialdemokratie u. die Präsidentschaftsfrage.

Berlin, 9. März. Nach einer Mitteilung einer sozialistischen Korrespondenz hat der sozialdemokratische Parteiausschuß in einer gemeinsamen Konferenz mit den Redakteuren der sozialdemokratischen Parteipresse die innerpolitische Lage besprochen. Der Abgeordnete Hermann Müller erklärte in einem Referat, daß die Sozialdemokratie mit einer Neuwahl des Reichspräsidenten für die nächsten Monate rechne. Voraussetzung sei die endgültige Lösung der oberschlesischen Frage und die Räumung Oberschlesiens durch die Ententetruppen. Verhandlungen zwischen den Parteien über den Präsidentschaftsstandorten hätten noch nicht stattgefunden. Ein General oder Admiral komme für die Sozialdemokratie schon aus außenpolitischen Gründen nicht in Frage.

Aussprache im Reichswirtschaftsrat über die Zwangsanleihe.

Berlin, 10. März. Im finanzpolitischen Ausschuß des Reichswirtschaftsrats führte gestern zur Frage der Zwangsanleihe der Vertreter der Arbeitnehmerseite, Abg. Hilferding, aus, daß die in dem Steuerkompromiß beschlossene eine Goldmilliarde in Papiermarkt umzurechnen sei, so würde sie nur etwa 50 Milliarden Papiermarkt bringen und keine genügende Deckung bieten. Die Folge würde sein, daß die Geldentwertung fortschreite, die sich dem Ausmaß als Valutaumpfung Deutschlands darstelle und zu äußerst peinlichen Gegenmaßnahmen führen könne. In der inneren Wirtschaft werde gleichzeitig soziale Unruhe und politische Unruhe hervorgerufen. Da das einzige Mittel sei, um das Defizit auszugleichen, bleibe nur die Auflage einer freiwilligen Anleihe übrig, die neben der Zwangsanleihe völlig wegfalle. — Der zweite die Arbeitgeberseite vertretende Berichterstatter, von Mendelssohn, stellte sich im wesentlichen auf den Boden des Steuerkompromisses. Die Zwangsanleihe sei eine verkappte Vermögensabgabe nur mit dem Unterschied, daß sie einen Anspruch auf Zinsen und spätere Rückzahlung gebe. Sie sei daher das geringere der möglichen Uebel. Die als Ersatz hingestellte Erfassung der Goldwerte sei bisher weder gedanklich noch praktisch durchführbar erschienen. Die Industrie leide schon jetzt an Kapitalmangel für die unbedingt gebotene Produktionssteigerung. Der Landwirtschaft seien gleichfalls große Mittel notwendig, die der Wirtschaft nur zum Schaden der Gütererzeugung entzogen werden könnten. Eine freiwillige Anleihe auf lange Frist sei unmöglich und auch eine kurzfristige etwa in dreijährigen Schatzscheinen mit 6 prozentiger Verzinsung nur vor der Zwangsanleihe möglich, nicht gleichgültig. — An die Ausführungen der Berichterstatter schloß sich eine

Ämtliche Bekanntmachung.

Bekanntmachung betr. Ausverkaufswesen.

Die Gültigkeit der vom Oberamt am 28. März 1913 (Calwer Tagblatt Nr. 34) erlassenen Ausführungsbestimmungen zum Wettbewerbsgesetz (Ausverkaufswesen) wird bis 31. März 1923 verlängert.
Calw, 8. März 1922.

Oberamt:

Bögel, Amtmann.

Darlegung des Staatssekretärs im Reichsfinanzministerium und eine lebhaft Aussprache unter den Ausschußmitgliedern an. Die Beschlußfassung des Ausschusses wird am Samstag erfolgen.

Die Unsicherheit in Oberschlesien unter dem „Schuß“ der Entente.

Beuthen, 8. März. Der Detaillisten-Verband Oberschlesiens e. V. beschäftigte sich in seiner gestern in Bismarckhütte abgehaltenen Sitzung mit der Unsicherheit in Oberschlesien. Er stellte fest, daß besonders in letzter Zeit überaus zahlreiche Kaufleute an Lohn- und Vorzuschüßtagen ihrer Tageseinnahme beraubt worden seien. Da mehrere an die Interalliierte Kommission gerichtete Schreiben bisher unbeantwortet geblieben sind, beschloß die Versammlung, einen Hilferuf an den Völkerverbund und an den Bundesrat Calonder abzuleben.

Ein sozialistischer Studentenbund Deutschlands.

Leipzig, 8. März. Der Sozialistische Studentenbund Deutschlands veranstaltet vom 15.—17. dieses Monats im Leipziger Volkshaus einen Kongreß sämtlicher sozialistischen und kommunistischen Studenten Deutschlands, an dem auch ausländische Studenten teilnehmen, u. a. Vertreter des Vereines der sozialistischen und kommunistischen Studenten und Akademiker Österreichs.

Die deutschen Banken für Wiederherstellung des Bankgeheimnisses.

Dresden, 7. März. Von der Mitgliederversammlung des Verbandes deutscher Privatbanken ist folgende Resolution einstimmig angenommen worden: Im Interesse der Gesamtwirtschaft ist die Wiederherstellung des Bankgeheimnisses unbedingt erforderlich. Seine Befestigung hat einerseits in verhängnisvoller Weise die Aufspeicherung von Bargeld verursacht, andererseits das bisherige Vertrauensverhältnis zwischen Kunde und Bankier erschüttert und nicht selten das Publikum bedenklichen Ratgebern zugeführt. In gleich nachteiliger Weise wirkt der Depotzwang. Seine Aufhebung ist daher dringend notwendig.

Ausdehnung des Metallarbeiterstreiks in München.

München, 8. März. Den Blättern zufolge dehnte sich der Metallarbeiterstreik in München weiter aus, sodaß gegenwärtig 16 000 bis 18 000 Metallarbeiter ausständig sind. Die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter stimmten mit großer Mehrheit für die Ablehnung des Münchener Schiedsspruchs und für den Streik in allen Betrieben, während die christlichen Metallarbeiter sich vorwiegend für die Annahme des Schiedsspruchs erklärten.

Reichstag.

Die Branntweinmonopolvorlage.

Berlin, 9. März. In seiner heutigen Sitzung beschäftigte sich der Reichstag mit der zweiten Lesung der Branntweinmonopolvorlage. Abg. Eggerstedt (Soz.) begründet die Notwendigkeit der Erhöhung der Steuereinnahmen mit den Forderungen der Entente. Nach einer Kritik des Reichsländebundes äußert der Redner Bedenken hinsichtlich der Zusammensetzung des Beirats der Monopolverwaltung, stimmt aber der Vorlage zu, da die Erträge des Monopols auch sozialen Zwecken zugeführt würden und der Weg zum Weinmonopol freigebliebe. — Abg. Schulz-Gahmen (Ztr.) sieht in der Vorlage ein überwiegend wirtschaftspolitisches Gesetz und stimmt ihr zu, ebenso für die Entschlebung des Ausschusses, wonach die Verwaltungsstelle des Monopols in eine Aktiengesellschaft umgestaltet werden soll. Schwere Bedenken habe seine Partei jedoch gegen die in dem Gesetz festgelegte Kontingentierung der Alkoholherstellung. — Abg. Börner (D.N.) tritt für eine engere Begrenzung des Monopols ein und sagt, die landwirtschaftlichen Brennereien seien wichtig im Interesse der Landeskultur und für die Erzeugung wichtiger Lebens- und Nahrungsmittel. Die erhöhten Abgaben würden aber nicht ohne Einfluß auf die Produktion bleiben. Abg. Duschke (D.VP.) bedauert, daß das Branntwein-Monopol außerhalb des Rahmens der Steuergesetze behandelt wird und stimmt gleichfalls der Umwandlung der Verwaltungsstelle der Monopolverwaltung in eine Aktiengesellschaft zu. — Abg. Buchta (U.S.P.) erklärt, daß es nicht zu rechtfertigen sei, das wichtigste Volksnahrungsmittel, die Kartoffel, den Brennereien zu opfern. Seine Partei lehne das Gesetz darum ab, da auch die sonstigen Steuerquellen noch nicht erschöpft seien. — Abg. Dietrich-Baden (Dem.) stimmt gleichfalls der Umwandlung der Verwaltungsstelle in eine Aktiengesellschaft zu, will aber trotzdem an dem Monopol festhalten und erklärt, die Landwirtschaft könne auf die Brennereien nicht verzichten. — Abg. Herbert-Franken (B.VP.) bemängelt, daß das Gesetz namentlich für Süddeutschland besondere Härten enthalte. — Abg. Dr. Heber (Komm. Arb.Gem.) lehnt das Gesetz ab und fordert ein Verbot der Herstellung, des Transports, sowie der Ein- und Ausfuhr von Branntwein. Nachdem noch Abg. Sölllein (Komm.) erklärt hatte, seine Partei bekämpfe das Branntwein-Monopol mit allen Kräften, und daß nur zu technischen und medizinischen Zwecken Alkohol hergestellt werden solle, wurde die allgemeine Aussprache geschlossen. — Nächste Sitzung morgen nachmittag 2 Uhr.

Bermischtes.

Schweres Unglück durch Handgranatenerplosion.

Berlin, 8. März. Wie das „Tageblatt“ aus Liebau meldet, hat sich in dem böhmischen Ort Josephstadt ein schweres Unglück durch die Explosion von Handgranaten ereignet. Zur Befestigung einer Eisenbahn, die sich auf der Elbe gebildet hatte, und die Brücke gefährdete, versuchte Militär das Eis durch Handgranaten zu sprengen. Es hatte sich dazu eine große Zuschauermenge eingefunden. Plötz-

lich flog ein Bündel Handgranaten in die Luft. Ein Student, zwei Arbeiter und ein Knabe wurden getötet und 2 weitere Personen schwer verletzt.

Ein geheimnisvoller Mord.

Zürich, 7. März. Am Montag früh wurde die 21jährige Büroangestellte Emma Markwalder in ihrem Schlafzimmer durch einen Schuß in die Schläfe so schwer verletzt, daß sie im Laufe des Tages im Kantonspital starb. Ihre Mutter erklärte, daß nach einem scharfen Knall ein maskierter Mann aus dem Schlafzimmer verschwunden sei.

Unter Nordverdaht.

Berlin, 8. März. Als dringend verdächtig an dem Mord des in Leipzig als Leiche in einem Reisefloffer aufgefundenen etwa 60jährigen Rentiers Emil Conrad beteiligt zu sein, wurde, der „Neuen Berliner Zeitung“ zufolge, die etwa 47jährige Witwe Hoffmann, die mit Conrad geschäftliche Beziehungen unterhielt, verhaftet. Sie leugnet bis jetzt die Tat.

Berlin, 9. März. Die Untersuchung in der Angelegenheit des Mordes an dem Kürschnermeister Conrad in Leipzig hat ergeben, daß der Mord in einem Korridor der Wohnung der unter Nordverdaht stehenden Frau Hoffmann geschehen ist. Es wurden dort zahlreiche Blutspürer gefunden.

Systematische Brandstiftung.

Berlin, 8. März. In Wiehen in Hannover sind nach einer Blättermeldung in der letzten Woche sieben Gehöfte infolge Brandstiftung abgebrannt. In weitem 12 Gehöften wurde Brandstiftung versucht. In Goslar hat eine infolge Brandstiftung entstandene Großfeuer sämtliche Wirtschaftsgebäude eines Gutes mit großen Getreide- und Futtermitteln vernichtet.

Verhängnisvoller Mauereinsturz.

Erkath, 8. März. Eine Mauer der kürzlich durch Brand teilweise zerstörten Schamottefabrik stürzte heute infolge des herrschenden Sturmes auf eine Arbeiteraufenthaltsstätte und begrub 12 Arbeiter unter sich, die in der Stätte Mittagspause hielten. Acht Arbeiter, meist Familienväter, konnten nur als Leichen geborgen werden. Von den übrigen vier Arbeitern sind zwei schwer verletzt. Einer ist seinen Verletzungen auf dem Transport ins Krankenhaus erlegen. Die letzten beiden Arbeiter sind leichter verletzt.

Kommunistisches Gesellschaftsreglement.

Berlin, 7. März. In der heutigen Sitzung des Landtags kam es bei der Festsetzung der Beratung der Anträge zur Amnestie- und Auslieferungsfreiheit zu einem Zwischenfall. Der kommunistische Abgeordnete Schulz erwähnte in seinem Schlusswort, daß Präsident Leinert die Abgeordneten und auch die Kommunisten zu einem Bierabend geladen und ausdrücklich um Antwort gebeten habe. Präsident Leinert warf ein, daß dies mit dem Gegenstand der Tagesordnung nichts zu tun habe. Abgeordneter Schulz aber fuhr fort: Die Antwort soll dem Präsidenten werden. Ich werfe ihm die Einladung mit Verachtung ins Gesicht. Tatsächlich warf er dem Präsidenten die zerstückelte Einladung zu. Dieser Vorgang wurde von der Mehrheit mit stürmischen Entrüstungsrufen begleitet.

Sturmunglück.

Brüssel, 8. März. Bei einem orkanartigen Sturm stürzte gestern nachmittags eine entwurzelte Ulme auf einen Straßenbahnwagen. Zwei Personen wurden getötet. In dem Vorort Linn stürzte ein Kamin in einen Fabrikraum, wobei 2 Mädchen getötet wurden.

Bevorstehender Kohlenstreik in Amerika.

London, 7. März. Der Washingtoner Berichterstatter der „Morning Post“ meldet, es werde für ganz sicher gehalten, daß am 1. April ein großer Kohlenstreik in den Ver. Staaten ausbrechen werde. Alle Versuche der Regierung, eine Einigung herbeizuführen, seien gescheitert.

Frauenüberschuß in den europäischen Ländern.

Fast überall kommen mehr Mädchen zur Welt als Knaben. Dieser natürliche Unterschied erfährt dann durch die Gefahren, denen das heranwachsende männliche Geschlecht im Beruf ausgesetzt ist und die manches Todesopfer fordern, noch eine fühlbare Verstärkung. Nach Zahlen hatte Europa vor dem Kriege insgesamt 5—6 Millionen mehr Frauen als Männer. Den größten Frauenüberschuß hatte England. Er betrug nach der Volkszählung von 1911 rund 1 330 000 Frauen. An zweiter Stelle stand Deutschland mit einem Überschuß von rund 850 000 Frauen, Rußland mit annähernd 700 000, Österreich, Italien und Frankreich mit je etwa 500 000, Portugal mit 250 000, Schweden mit 125 000, Dänemark mit über 80 000, die Niederlande mit etwa 60 000 und Belgien mit 45 000 überzähligen Frauen. In verschiedenen Ländern — merkwürdigerweise ausnahmslos solchen des Balkans — war allerdings ein Ueberschuß von Männern zu verzeichnen. So hatte Rumänien 96 000 überzählige Männer, Serbien 95 000, Bulgarien 70 000 und Griechenland 7000. Heute nach dem Kriege, beträgt der Frauenüberschuß in Deutschland und Rußland je 2½ Millionen, 2 bis 2½ Millionen in England und je 1½ Millionen in Italien und in den früher österreichischen Gebieten. Aber auch auf dem Balkan ist seit dem Kriege, ganz besonders in Serbien, infolge der Kriegsverluste, ein Frauenüberschuß zu verzeichnen. Der Gesamtfrauenüberschuß in Europa beträgt heute rund 15 Millionen. Da für Europa zunächst mit einer starken Männerauswanderung zu rechnen ist (allein in England haben bereits mehr als 60 000 ehemalige Soldaten um die Genehmigung der Auswanderung in die überseeischen Gebiete nachgesucht) und da in Anbetracht der vielen Millionen von Kriegsverletzten und solcher Personen, deren Gesundheit im Kriege erheblich gelitten hat und deren Widerstandsfähigkeit geschwächt ist, für die nächsten Jahre mit einer erhöhten Männersterblichkeit zu rechnen ist, so muß eher für die kommenden 10—15 Jahre noch ein weiteres Anwachsen der Männersterblichkeit erwartet werden. Die logische Folge des großen Frauenüberschusses ist für eine beträchtliche Zahl von Frauen die Ehelosigkeit. In Deutschland dürfte die Zahl der Frauen, die unverheiratet bleiben müssen, kaum weniger als ein Drittel aller heiratsfähigen Frauen betragen.

Ein Student, zwei weitere Personen

Aus Stadt und Land.

Calw, den 10. März 1922.

Das Ergebnis der Mittelstandsnothilfe.

Bisher wurden im ganzen Lande 7522 000 M. zugunsten der Mittelstandsnothilfe gesammelt. Drei Bezirke des Landes stehen noch aus. Die Sammlung ergab in Stuttgart 1,8 Millionen Mark, in Heilbronn 604 000 M., in Reutlingen 306 000 M., in Ulm 246 000 M., in Göppingen 229 000 M., in Eßlingen 226 000 M., in Heidenheim, Balingen, Ravensburg, Geislingen, Hall, Neckarfulm, Stuttgart-Umt, Tuttlingen, Kirchheim, Bisingen, Waldsee, Nürtingen, Laupheim und Dörflingen wurden zwischen 100 und 200 000 M., in den übrigen Bezirken weniger erammelt, außerdem für 3 Millionen Mark Naturalien.

Die Frage der Milchversorgung der Städte.

Der Milchsausschuß des Württ. Städtetags beabsichtigt die Gründung eines Verbands der Württ. Milchbedarfsvereine, um unbedingte Preissteigerungen zu verhindern. Der Verband soll die Befugnis erhalten, Erzeugerhöchstpreise für Milch festzusetzen und Gemeinden, die hiegegen verstoßen, mit Vertragsstrafen zu belegen.

Natürliches Wetter am Samstag und Sonntag.

Die Störung zieht nach Osten ab, wird aber noch einige Tage nachwirken, sodas am Samstag und Sonntag immer noch vorwiegend nebliges Wetter zu erwarten ist.

Landtag.

Beginn der Feuerungsdebatte.

(S.C.B.) Stuttgart, 9. März. Nach kurzer erster Beratung, in der Bazille die ablehnende Haltung seiner Partei und Finanzminister Schall den Standpunkt der Regierung begründete, wurde das Sporttarifgesetz, das die bisherigen Sportarten im allgemeinen verdoppelt, dem Steueraussschuß überwiesen. Ebenso erging es der Änderung des Landessteuergesetzes, bei dessen erster Beratung Bazille (S.P.) die Zustimmung seiner Partei davon abhängig machte, das alle anderen Mittel zur Erhöhung der Staatseinnahmen angewendet und die Ausgaben eingeschränkt werden, worauf Müller (Komm.) eine Rede gegen die Erhöhung der Bundesportel hielt. Bei der nun folgenden Abstimmung über die Anträge zur Förderung des Wohnungsbaus wurden die Anträge des Finanzausschusses durchweg, zum Teil gegen die Rechte angenommen, der Sozialisierungsantrag abgelehnt, die Anträge auf Heranziehung der Reichen zum Wohnungsbau dem Finanzausschuß überwiesen, der Antrag Widdersiller abgelehnt und der Antrag Bazille dem staatsrechtlichen Ausschuß, sowie der gemeinsame Antrag auf Holzlieferungen an das Handwerk dem Finanzausschuß überwiesen. Dann begann eine jedenfalls mehrere Tage dauernde Ernährungsdebatte im Anschluß an die Beantwortung der drei Großen Anträge Groß (Z.), Ströbel (W.) und Speich (U.S.P.) über Feuerung und Preisbildung bei den Lebensmitteln. Den Reigen eröffnete Groß (Z.), der die fortschreitende Verelendung des Volkes nachwies und sich besonders gegen die geplante Erhöhung des Milchpreises auf 5 M. wandte. Seine praktischen Vorschläge verlangten schärfere Bekämpfung des Wuchers und der Preistreiber, bessere Durchführung der Wuchergesetze, Zusammengehen von Verbrauchern und Erzeugern bei der Preisfestsetzung, Stärkung der einheimischen Produktion, Beschränkung der Aufkäufer und Händler, Bekämpfung des Schlemmers- und Luxuslebens. Speich (U.S.P.) holte sich gleich einen Ordnungsruf, als er verlangte, das die Interpellanten der bürgerlichen Parteien hinter Schloß und Riegel gesetzt werden, damit die Auswucherung aufhöre. Löbner und Gehälter müßten den Weltmarktpreisen angepaßt werden, die Erfassung der Sachwerte endlich durchgeführt werden. Baumgärtner (W.) verwies darauf, das bei beiden Vorrednern vom Standpunkt des Verbrauchers aus gesprochen hätten und verlangte vor allem Hebung der Produktion, die allein eine Preisregelung ermöglichte.

da nun einmal Angebot und Nachfrage die Preise bestimmen. Der Landwirtschaft tue das Glend des Volkes in der Seele weh, aber erst müsse man den 8-Stundentag beseitigen und es aufgeben, nach einem verlorenen Krieg und einer Revolution weniger arbeiten und besser leben zu wollen. Nur Mehr-Arbeit könne die Rettung bringen; die Landwirtschaft leiste sie und leiste sie gern. Freilich dürfe man sie nicht steuerlich überlasten, ihr nicht die notwendigen Betriebsmittel wegnehmen und vor allem nicht sie durch behördliche Zwangsmaßnahmen in der Arbeit stören. — Morgen vorm. 9 Uhr Fortsetzung.

ba nun einmal Angebot und Nachfrage die Preise bestimmen. Der Landwirtschaft tue das Glend des Volkes in der Seele weh, aber erst müsse man den 8-Stundentag beseitigen und es aufgeben, nach einem verlorenen Krieg und einer Revolution weniger arbeiten und besser leben zu wollen. Nur Mehr-Arbeit könne die Rettung bringen; die Landwirtschaft leiste sie und leiste sie gern. Freilich dürfe man sie nicht steuerlich überlasten, ihr nicht die notwendigen Betriebsmittel wegnehmen und vor allem nicht sie durch behördliche Zwangsmaßnahmen in der Arbeit stören. — Morgen vorm. 9 Uhr Fortsetzung.

(S.C.B.) Balingen a. F., 8. März. Am Sonntag fand hier der Gau-tag des Gaues Stuttgart vom Schwäb. Sängerbund statt, dem 60 Vereine mit 4300 Sängern angehören. Bei den Verhandlungen wurde beklagt, das die staatlichen und städtischen Behörden keinerlei Erleichterung in der Besteuerung der Gesangsvereine gewähren u. mitgeteilt, das z. B. ein Gesuch beim Kultministerium liegen wegen Anerkennung der Gemeinnützigkeit der Gesangsvereine zur Erlangung der Steuerfreiheit für Stuhlkonzerte. Das Gauliederfest findet am 23. Juli in Stuttgart in der Lieberhalle statt. Mit dem Stadtverband für Leibesübungen soll künftig zur Erreichung gemeinsamer Ziele zusammengearbeitet werden.

(S.C.B.) Reutlingen, 9. März. Aus Mähringen wird ein mehr heiterer Diebstahl berichtet, der hoffentlich den Dieben keine Magenbeschwerden macht. Ein junger fetter Stier einer Bauerswitwe mußte wegen Krankheit geschlachtet und das Fleisch sollte verlohrt werden. Am andern Morgen fehlten 5-6 Ztr. vom Fleisch, das die Einwohner sich geholt hatten.

(S.C.B.) Nürtingen, 8. März. Der Gemeinderat beschloß die Errichtung eines Freischwimmbades zwischen dem Mühlstanal und der Erms mit besonderem Bassin, sowie die Herriichtung eines kleineren Bades als Luft- und Sonnenbad. Der Kostenaufwand beläuft sich auf 250 000 M.

Heidenheim, 8. März. Eine neue Art der Personenbeförderung von hier nach Großfuchen haben 40 Arbeiter gefunden. Sie haben gemeinsam ein P. A. S. T. o. gekauft, das sie täglich von Großfuchen hither führen soll.

(S.C.B.) Sigmaringen, 9. März. Ueber den Unfall bei der Firma Baresel u. Cie. am Kraftwerkbau wird mitgeteilt: Ein Kranenführer wollte in der Dunkelheit am Dienstag früh an den Schwimmbagger heranfahren und kam der Starkstromleitung zu nahe. Der Strom übertrug sich auf den Kranen, so das der 18 Jahre alte Hilfsarbeiter Feuchter von hier vom Strom getroffen und getötet wurde. Der Kranenführer und drei weitere Arbeiter wurden durch elektrische Entladungen zu Boden geworfen und erlitten Nervenerkütterungen. Die gerichtliche Untersuchung schwebt noch.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Der Dollar gilt heute 251,50 M., der Schweizer Franken 48,87 M.

Die deutsche Weinernte.

Die deutsche Weinernte 1921 betrug nach einer Veröfentlichung des Stat. Reichsamts 1.754.091 Hektoliter gegen 2.440.148 im Vorjahr und 1.741.255 Hektoliter im Jahre 1919. Die bebauten Rebensfläche betrug 73.841,4 Hektar gegenüber 72.661,4 Hektar im Vorjahr. Der durchschnittliche Hektarbetrag belief sich auf 23,8 Hektoliter gegen 33,6 Hektoliter im Vorjahr. Der Geldwert der gesamten Weinernte ernte wird auf 2.402.737.634 M. veranschlagt gegen 2.349.274.480 M. im Vorjahr. Der Durchschnittspreis für 1 Hektoliter Most stellt sich demnach auf 1369,1 M. gegen 962,6 M. im Vorjahr und 50,8 M. im

Jahr 1913. Der durchschnittliche Selbertrag von 1 Hektar Rebensfläche beträgt 32.539 M. gegen 32.332 M. im Vorjahr und 16.120 M., 9504 M. und 531 M. in den Jahren 1919, 1918 und 1913.

Preissturz am Eiermarkt.

Die ankaltend milde Witterung hat die Eierproduktion günstig beeinflusst und die Zufuhren waren in der letzten Zeit von Tag zu Tag reichlicher, so das auch die Preise zurückgingen und man allgemein mit einem weiteren Rückgang der Preise rechnet. Aus Magdeburg wird gemeldet, das es dem einmütigen Zusammenhalten der Marktbefucher gelang, den Eierpreis auf 2,50 M. herabzubrüken. In München ging der Preis um 40 Pfennig zurück, doch kostete dort das Ei immer noch 5 M.

Gründung der Stuttgarter Holz Börse.

(S.C.B.) Stuttgart, 9. März. Am Montag fand die Gründungsversammlung der hiesigen freien Holz Börse unter starker Beteiligung des Handels, der Sägewerks- und Holzverarbeitungsindustrie statt. Die Mitgliederzahl ist auf über 200 gestiegen. Satzungen und Verfahrensordnung wurden genehmigt und ein Vorstandsamt, aus 8 Mitgliedern bestehend, gewählt. Starke Nachfrage bestand wieder nach Brennholz, Bauholz und Brettern, während Stangen angeboten blieben. Die Preise waren wieder höher. Nächste Börse: 20 März.

Markte.

(S.C.B.) Bisingen, 9. März. Bei einem Holzverkauf in Spielberg wurden bis zu 1750 M. für 2 Rm. buchene Scheiter bezahlt. Beim Holzverkauf in Clebronn war der Andrang so groß, das der Saal gar nicht alle Käufer zu fassen vermochte und der Verkauf im Garten stattfand. Für Edelholz am Pruch wurden 400 M. und mehr für einen Raummeter bezahlt.

(S.C.B.) Gerabronn, 9. März. (Schweinemarkt.) Milchschweine waren zugeführt 75 Stück, verkauft wurden 75 Stück zum Paarpreis von 1400 bis 1800 M. Käufer waren zugeführt 1 Stück, das verkauft wurde zum Preise von 1400 M. Der Handel war lebhaft.

(S.C.B.) Mergentheim, 9. März. Der Pferdemarkt hatte eine Zufuhr von insgesamt 190 Pferden, die nahezu alle verkauft wurden. Die Preise betragen für mittlere Pferde 15 000 bis 25 000 M., für bessere wurden bis 45 000 M. bezahlt. Fohlen kosteten 10-13 000 M.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Vorteile in Zukunft kommen. D. Schell.

Kirchliche Nachrichten.

Evangelischer Gottesdienst.

Reminiszenz, 12. März 1922. Vom Turm: Nr. 179. 9 1/2 und 10 1/2 Uhr Hauptgottesdienst: Predigtlied 504. Talet will ich dir geben: Stadtpfarrverweser Tosenhans. 11 1/2 Uhr Sonntagschule. 1 Uhr Christenlehre: Entlassung der Töchter, ältere Abteilung. 5 Uhr Abendpredigt: Dekan Zeller. — Donnerstag, 16. März 8 Uhr Bibelsunde: Dekan Zeller.

Katholischer Gottesdienst.

Sonntag, den 12. März 8 Uhr Frühmesse, 10 1/2 Uhr Predigt, Amt und Christenlehre, 2 Uhr Andacht, Osterbeicht Samstag von 4 Uhr nachmittags an, und Sonntag früh von 7-8 Uhr.

Gottesdienste der Methodistengemeinde.

Sonntag, den 12. März. Vorm. 10 1/2 Uhr Predigt Pföber; 11 Uhr Sonntagschule; abends 8 Uhr Predigt Pföber; 8 Uhr Jugendbund; — Mittwoch 8 Uhr Bibel-Gebetstunde.

Stammheim: Vorm. 10 Uhr Gottesdienst; Nachm. 1/2 Uhr Predigt Pföber; Mittwoch 8 Uhr Bibel-Gebetstunde.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seilmann Calw. Druck und Verlag der W. C. Schönbauer'schen Buchdruckerei Calw.

Bekanntmachung betreffend Einlieferung der für die Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1921 verwendeten Steuerkarten u. Markenblätter.

1 Jeder Arbeitnehmer ist verpflichtet, innerhalb der Monate Februar und März 1922 seine Steuerkarte und die 10-en Markenblätter die für den in der Zeit vom 1. April bis zum 31. Dezember 1921 bezogenen Arbeitslohn zum Einkommen und Einwerten von Steuermarken verwendet worden sind, der für ihn zuständigen Finanzkasse bezw. Hilfskasse zu übergeben oder zu überreichen. Zur Erleichterung für die Steuerpflichtigen wird bestimmt, das in allen Gemeinden des Bezirkes die Marken an das betr. Ortssteueramt abzuliefern sind.

An Stelle des Arbeitnehmers kann der Arbeitgeber die Einlieferung der Steuerkarten oder Markenblätter übernehmen. Die Einlieferung kann gemäß § 202 der Reichs-abgabenordnung erzwungen werden.

2 Auf die Verpflichtung nach Ziff 1 macht das Finanzamt aufmerksam und ersucht die Arbeitgeber durch Anschlag in den Arbeits- und Geschäftsräumen hierauf hinzuweisen.

3 Arbeitnehmer, deren Steuerkarten oder Markenblätter nicht eingeleiert sind, werden für das Rechnungsjahr 1921 zur Einkommensteuer veranlagt.

4 Die eingeleierten, für die Zeit vom 1. April bis zum 31. Dezember 1921 verwendeten Steuermarken werden auf die für das Rechnungsjahr 1921 zu entrichtende Einkommensteuer angerechnet.

Die für die Zeit bis zum 31. März 1921 verwendeten Steuermarken werden für die Einkommensteuer für das Rechnungsjahr 1920 gemäß § 48 des Einkommensteuergesetzes an Zahlungssitz angenommen.

5 Ueber den Nennbetrag der eingeleierten Steuermarken erteilt die Finanzkasse bezw. das Ortssteueramt eine Quittung. Hieran, den 8. März 1922.

Finanzamt Voelter.

Bestellen Sie das „Calwer Tagblatt“.

Schuhputz Pilo glänzt im Nu und erhält die Schuh

Ehrliches, fleißiges Mädchen welches schon gedient, findet gute, dauernde Stelle auf sofort oder spät, in Privathaus.

Besser möbliertes Zimmer evtl. mit Morgenkaffee auf 15. März oder 1. April 22 zu mieten gesucht.

Calw. Die Hundeabgabe ist durch Beschluß des Gemeinderats mit Wirkung vom 1. April 1922 ab auf 80 Mark für einen Hund und auf 120 Mark für jeden weiteren Hund festgesetzt worden.

Stammheim O.A. Calw. Stammholz-Berkauf. Die Gemeinde verkauft im schriftlichen Aufstreich aus Abteilung Steinrinne

45 Forchen: Fichten: Los Nr. 1. 43 II., 15 III., 2 IV. Klasse. Los Nr. 2. 27 Stück 84 Fm I., Los Nr. 3. 67 Stück 122 Fm II., Los Nr. 4. 50 Stück 44 Fm III.-V., Los Nr. 5. 4 Stück 6 Fm Eigholz I. u. II. Klasse.

Hausdiener-Gesuch Suche auf 1. Mai fleißigen Burschen. Gasthof zum „Lamm“, Liebenzell.

Mädchen-Gesuch. Fleißiges Mädchen nicht unter 18 Jahren wird für Küche und Hausarbeit bis 15. März oder 1. April gesucht.

Sozialdemokrat. Verein Calw. Samstag, den 11. März abends 8 Uhr bei Bäckermeister Kirchherr (Vorstadt) Monatsversammlung mit Vortrag von Gen. Steinhilber über „Politische Tagesfragen“.

Althengstett, den 9. März 1922. Dankfagung. Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme, die wir während der langen Krankheit u. beim Hinscheiden unseres lb. Vaters Jakob Gehring in so reichem Maße erfahren durften, sagen wir allen herzlichen Dank.

Öffentliche Versammlungen

am Sonntag, den 12. März, nachmittags 1/3 Uhr in der „Sonne“ abends 5 Uhr im „Löwen“
in Altburg in Hirsau
 Thema: „Die Sozialdemokratie in der deutschen Republik“.
 Referent: Otto Steinmayer, Landtagsabgeordneter.
 Jedermann ist freundlich eingeladen. Der Einberufer.

Darlehenskasten-Verein Calw

e. G. m. u. H.

General-Versammlung
 Sonntag, den 12. März, nachmittags 5 1/2 Uhr, bei Rentzler, untere Brücke.
 Tagesordnung: 1. Kassenbericht. 2. Auszahlung der Dividende für volle Geschäftsanteile
Vorstand und Aufsichtsrat.

Hotel „Abler“.
 Samstag, den 11. und Sonntag, den 12. März kommt

Märzen-Bock
 zum Ausschank. Fasanstich mit Bockwürstle
 wozu freundlichst einladet
Otto Baur, Küchenchef.

Bad Teinach.
Gasthof zum „Hirsch“
 wieder eröffnet.

Landw. Bezirksverein Calw
 Auf Lager sind:
Mais | **Futtermehl**
Liermehl für Geflügel | **Koch- und Viehsalz**
Nährsalz | **Saatfrucht.**
 Ausgabe morgen Samstag, 11. und Montag, 13. März
 Geschäftsführer: S. Knecht. Fernspr. Nr. 96.

Warnung!
 Betreffend Herren- und Damenhüte zum Umformen!
 In letzter Zeit werden von verschiedenen Hausierern (Einsammlern) Hüte zum faconieren eingesammelt.
Geben Sie diesen Leuten keinen Hut ab, da Sie keine Garantie haben, ob Sie Ihren gleichen Hut wiederbekommen. **Bringen Sie Ihren alten Hut direkt in die Fabrik zum faconieren,** wenn Sie auf gute Bedienung rechnen wollen.

In Hirsau wird ein **Wohnhaus** zu kaufen gesucht
 Wohnung mit Laden kann eventl. getauscht werden!
 Näheres im Gasthaus zum „Löwen“, Hirsau.

Wand-Kalender
 für 1922
 mit Märkte-Verzeichnis
 sind auf der Geschäftsstelle dieses Blattes das Stück zu 60 Pfg. erhältlich.

BACKIN PUDDING-PULVER MILCH-EIWEISS-PULVER VANILLIN-ZUCKER GUSTIN
Dr. Oetker's
 Fabrikate
 sind Glanzeleistungen küchenchemischer Erfindungsgeschäften u. werden von erfahrenen Hausfrauen als Perlen im Küchenschatz bezeichnet.
 Die bekanntesten Marken sind:
Dr. Oetker's Backpulver „Backin“
Dr. Oetker's Vanillin-Zucker
Dr. Oetker's Pudding-Pulver
Dr. Oetker's „Gustin“
Dr. Oetker's Milcheiweiß-Pulver
Dr. Oetker's Rote Grütze
Dr. Oetker's Einmache-Hülfe
 u. s. w.
Dr. A. Oetker
 Bielefeld.

Kinderwagen
 in großer und kleiner Ausführung
Klappsportwagen
 mit und ohne Verdeck
Puppenwagen, stark gebaute **Leiterwagen**
 verstellbare **Räder** lackiert u. weiß.
Kinderstühle mit und ohne Polster, **alle Größen**
 ohne Polster, **Leiterwagen-Räder**
 empfiehlt in schöner Auswahl billigst
Wilh. Frank,
 in Calw hinter dem Rathaus
 Spezialgeschäft für Korbbwaren, Kinderwagen u. Korbmöbel.

Althengstett.
Bergebung von Bauarbeiten
 Zur Erbauung von 3 Wohn- u. Dekonomiegebäuden in Althengstett für die Herren: Rüste Landwirt, Schrabi Stationsaufseher und Schmid Briefträger sind die **Zimmer-, Gipfer-, Schreiner- und Flaschnerarbeiten** im Akkord zu vergeben. Pläne, Arbeitsbeziehung und Akkordsbedingungen zu den 3 Bauten sind bei Herrn Rüste Althengstett zur Einsichtnahme aufgelegt und sind Angebote entsprechend den einzelnen im Arbeitsbeziehung aufgeführten Positionen bis Samstag, den 11. ds. Mts., mittags 1 Uhr ebendasselbst einzureichen. Taglohnpreise sind anzugeben.
 Im Auftrag:
Ulber & Stäbler, Bauwerkmeister

Hirsau.
Zimmerleute sucht
R. Kapp, Zimmermeister.

Landwirte!
 Zur Bekämpfung von Krankheiten d. Schweine spez. Krampf u. Kollaus, z. Aufzucht u. Erhaltung eines gesunden Tierbestandes gebraucht einzig und allein die ächte **Hirsch-Universal-Komposition**
 Niederlage in der Neuen Apotheke Calw.
Kaffee
 in bekannt guter Mischung,
 roh und jede Woche frisch gebrannt
 empfiehlt
C. Serva
 Fernspr. Nr. 120.

Sendet deutsche Zeitungen in's Ausland!

Früh eingetroffen
Kieler Bücklinge
 Pfund Mark 10.—
Plannkuch & Co.
 Fernsprecher 45

Mais-Gries,
Weizen-Vollmehl,
Schweine-Futter
 empfiehlt
Ditto Jung.

Zu verkaufen ein schwarzes **Schneiderkostüm**
 Größe 46,
3 Konfirmanden-Mädchenhüte.
 Bahnhofstraße 408II, Et.
 Circa 10 Zentner
Heu
 und goldenen **Hochzeitskranz**
 zu verkaufen.
 Kalthreuter, Hirsau.

Einen guterhaltenen 2-rädrigen **Hand-Karren** sucht zu kaufen.
Carl Cramer, Malergesch.
 Bad Liebenzell.

Landwirtschaftlicher Hausfrauen-Verein Calw.
Die General-Versammlung
 findet
 Sonntag, den 12. März 1922, mittags 2 Uhr, im Saale der früheren Brauerei Dreiß statt.
Tagesordnung:
 1. Geschäftsbericht.
 2. Beratung und Abstimmung der neuen Satzungen.
 3. Vortrag des Herrn Dr. Grammers-Stuttgart über: „Die Zukunft der deutschen Hausfrau“.
 Zum Schluß findet eine Verlosung von **Blumenamen** statt.
 Mitglieder und Freunde des L. H. V. sind zu zahlreichem Besuch freundlichst eingeladen.
Frau E. Sannwald, Vorf. d. L. H. V. Calw.

Hirsau.
 Von Samstag abend 5 Uhr ab und Sonntag halte ich

Mekel-Suppe
 mit prima
Märzenbock
 direkter Anstich vom Faß wozu ich meine werten Gäste höflichst einlade
Paul Nonnenmann,
 zum „Waldhorn“.

Neuhengstett.
 Am Sonntag, den 12. März, findet im Gasthaus zum Hirsch große

Hundeschau
 statt. Mehrere Hundesreunde.

Rötenbach.
 Am kommenden Sonntag findet im Gasthaus zum „Röhle“ große

Hunde- u. Taubenschau
 statt, wozu höflichst eingeladen wird. Käfige für Tauben sind bereit gestellt.
Reppler, zum „Röhle“.

Gechingen.
 Am Sonntag, den 12. März, findet im Gasthaus zur Krone große

Hundeschau
 statt. Mehrere Hundesreunde.

Färberei Strubberg
 Chem. Waschanstalt.
 Annahmestelle: Nane Schaible, Badstr.

Landw. Konsumverein Calw.
Schwefelsaures Ammoniak
Ammoniak-Superphosphat
42% Kalisalz (offen)
Koch- und Viehsalz
 sind auf Lager.
Rümmeler, Badstraße.

Nr. 5
 Dr. Her m
 worden.
 den fortg
 ernst gene
 Der die ich
 schenswer
 gewiesen,
 breiten.
 rüstung a
 teile sein
 in Wasser
 den bis e
 werden
 Die Pariser
 Beschluß
 Kulei h
 gen nach
 Die S
 Regelung
 Paris,
 Finanzmit
 warden, d
 Regelung
 allierten
 ratungen
 einer deut
 bestimmt
 möglichen
 der „Nati
 die Regelu
 vor Genu
 sollen als
 Eine i
 Paris,
 den Stand
 ferenz ein
 scheinend
 nanzminis
 ein Komp
 zistische F
 gelegt hab
 änderungs
 nacheinan
 neue Vort
 die Saarg
 nen allie
 Wert Fra
 Zahlung
 der Frage
 men wer
 als die de
 Wortlaut
 testens he
 nicht abge
 die neuen
 einbarten
 ner Abma
 Die Sachv
 laut festg
 den Rahm
 Fragen hi
 ren Frage
 macht wer
 einer inte
 geregt wo
 Deutschlan
 Ausland
 allierten
 seiner Zal
 vor allem
 Plan ausf
 sich weiter
 was zu h
 Punkt gel
 gezogen w
 entscheid
 Antrag de
 Die C
 Reparat
 Paris, 1
 mission betra